



HESSISCHER LANDTAG

13. 09. 2016

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zukunft der Kaliproduktion in Hessen sichern

Der Landtag wolle beschließen:

1. Angesichts der derzeitigen Situation im nordosthessischem Kalirevier bekennt sich der Landtag erneut zur dortigen Kaliindustrie und stellt einmal mehr die Bedeutung des Unternehmens Kali+Salz für die Wertschöpfung und die Bereitstellung vieler Tausend Arbeitsplätze in der Region heraus. Er bekräftigt in diesem Zusammenhang seine Beschlüsse der letzten 14 Monate zu den Drucksachen 19/3620, 19/3278, 19/2988 und 19/2271, die sich mit der Situation im Kalirevier befassen und auf den Ausgleich von Ökonomie und Ökologie ausgerichtet sind.
2. Der Landtag sieht in der Veranstaltung "Hand in Hand für die Kaliindustrie im Werratal", an der sich am 8. September 2016 mehrere Tausend Menschen beteiligt haben, ein starkes Bekenntnis zur Kaliindustrie der Region. Der Landtag nimmt die Sorgen und Nöte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei K+S und deren Familien sehr ernst. Der Landtag setzt sich weiter dafür ein, dem Unternehmen und damit auch den Arbeitsplätzen eine Perspektive zu geben. Zur Sicherung der Arbeitsplätze im Kalibergbau muss es weiterhin auch ein Ziel aller Maßnahmen sein, die Salzabwässer zu reduzieren und damit die rechtlichen Vorgaben zum Schutz von Grund- und Trinkwasser einzuhalten.
3. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen unternommen hat, um mit K+S gemeinsam gute Lösungen für eine wirtschaftliche und nachhaltige Produktion zu erarbeiten. Der Vier-Phasen-Plan und der darauf aufbauende einstimmige Beschluss der Flussgebietsgemeinschaft Werra/Weser zum Bewirtschaftungsplan Salz sind Meilensteine auf dem Weg, die Produktion und die Arbeitsplätze langfristig zu sichern, Planungssicherheit zu schaffen und eine langfristige Lösung der Salzabwasserproblematik im nord- und osthessischen Kalirevier zu erreichen. Das politische Handeln hat nach wie vor zum Ziel, alle rechtlichen Vorgaben und unternehmerische Notwendigkeiten zusammenzuführen.
4. Der Landtag stellt fest, dass die rechtssichere Umsetzung der Planungen und Vereinbarungen mit einem hohen Zeitaufwand verbunden ist. Insbesondere die Vorbereitung der Entscheidungsgrundlagen für das Verfahren zum Nachweis der Unbedenklichkeit einer letztmaligen Versenkerlaubnis von Salzabwässern bis 2021 ist sehr zeitintensiv und konnte vom Unternehmen nicht im ursprünglich veranschlagten Zeitraum abgeschlossen werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung mehrfach in der Vergangenheit wichtige Schritte unternommen hat, um drohende Entsorgungsengpässe, die mit dem Auslaufen von Versenk- und Einleitenehmigungen zusammenhängen, zu vermeiden. Die durch die Genehmigungsbehörden erteilten Ausnahmegenehmigungen, Fristverlängerungen und Übergangsregelungen sollten in der Übergangszeit bis zur abschließenden Entscheidung über eine weitere Versenkenehmigung eine möglichst vollständige Produktion an allen Standorten ermöglichen, ohne das Ziel des Gewässerschutzes zu gefährden. Der Landtag begrüßt, dass das Ministerium, die Genehmigungs- und Fachbehörden und das Unternehmen im ständigen Dialog an der Entsorgungsproblematik arbeiten. Er erwartet im Gegenzug vom Unternehmen, dass Genehmigungsunterlagen zeitnah und vollständig vorgelegt werden, damit die erforderlichen Verfahren in der nötigen Sorgfalt für ein rechtssicheres Genehmigungsverfahren durchgeführt werden können.

6. Der Landtag begrüßt die vom Unternehmen vorgebrachten Optionen für weitere, alternative Möglichkeiten zur Entsorgung der Produktionsabwässer. Er stellt in diesem Zusammenhang fest, dass es die Verantwortung des Unternehmens ist, für prüf- und genehmigungsfähige Unterlagen zu sorgen. Der Landtag bittet die Landesregierung, alle Anträge des Unternehmens, die zu einer Entlastung führen können, durch ihre zuständigen Genehmigungsbehörden unmittelbar und prioritär prüfen zu lassen, sofern das Unternehmen derartige Anträge stellt. Ebenso bittet er die Landesregierung, bei den Nachbarländern Niedersachsen und Thüringen dafür zu werben, dass auch hier im Sinne der länderübergreifenden Werksfamilie konstruktiv an allen Möglichkeiten der Entsorgung gearbeitet wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 13. September 2016

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Wagner (Taunus)